Demokratiebildung als Strukturaufgabe frühkindlicher Bildung

Schlüsselakteure bei der Implementierung von Demokratiebildung in Kitas ■ Während frühkindliche Bildungseinrichtungen zunehmend als demokratische Erfahrungsräume anerkannt werden, bleibt die Rolle der Träger in der öffentlichen und fachlichen Debatte häufig unterbelichtet. Dabei sind es gerade sie, die mit ihrer Steuerungsverantwortung maßgeblich darüber entscheiden, welche strukturellen, personellen und konzeptionellen Voraussetzungen für Demokratiebildung im Alltag von Kitas geschaffen werden – oder eben nicht.

Dr. Seyran Bostancı
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung und im Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor.

Die frühkindliche Bildungslandschaft in Deutschland ist dabei stark geprägt von migrationsgesellschaftlichen Realitäten. So haben etwa 40% aller Kinder in Deutschland einen sogenannten Migrationshintergrund, dennoch spiegelt sich diese gesellschaftliche Realität kaum auf institutioneller Ebene wider (Autorengruppe Fachkräftebarometer 2023). Dies betrifft nicht nur den Zugang zu Kitas, sondern auch die Repräsentation in Bildungs- und Spielmaterialien sowie Liedern und pädagogischen Konzepten, in denen migrationsgesellschaftliche Vielfalt nur selten ausreichend berücksichtigt wird (Bostanci/Wirth 2024)

Demokratiebildung ist kein additiver Baustein frühpädagogischer Praxis, sondern eine Grundhaltung, die sich in allen Ebenen der Institutionen niederschlagen muss: in partizipativen Strukturen, diskriminierungskritischen Konzepten, reflexiver Teamkultur und gelebter Haltung gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt. Trägerorganisationen kommen dabei eine zentrale Funktion zu. Sie beeinflussen nicht nur die Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte, sondern auch die institutionelle Reaktion auf gesellschaftliche Krisen, auf antidemokratische Einflussnahmen sowie auf Rassismus und Diskriminierung im Kita-Alltag.

Angesichts der zunehmenden politischen Vereinnahmung frühkindlicher Bildung durch rechte Akteure, der Normalisierung autoritärer Erziehungsvorstellungen und der gesellschaftlichen Polarisierung steht die Frage nach der Verantwortung von Trägern neu im Raum. Wer heute demokratische Bildung ermöglichen will, muss sich nicht nur pädagogisch, sondern auch strukturell und politisch positionieren. Träger sind keine neutralen Verwaltungsapparate – sie sind Teil demokratischer Aushandlungsprozesse. Der vorliegende Beitrag plädiert für eine machtkritische und strukturell fundierte Auseinandersetzung mit der Trägerverantwortung in der frühen Demokratiebildung. Er verbindet theoretische Perspektiven mit praktischen Handlungsempfehlungen und versteht Demokratie nicht als Konsensmodell, sondern als konflikthaften, politisch gerahmten Prozess, der auch in der frühkindlichen Bildung strukturell abgesichert werden muss.

Demokratiebildung in der frühen Kindheit

Demokratiebildung in der frühen Kindheit ist mehr als das Einüben sozialer Regeln oder das Abstimmen über Gruppenthemen. Sie umfasst die grundlegende Erfahrung, dass die eigene Perspektive zählt, dass Konflikte ausgehandelt werden können und dass Diversität nicht als Störung, sondern als demokratische Ressource anerkannt wird. Im Sinne einer demokratischen Praxis bedeutet dies: Kinder haben das Recht, mitzubestimmen, gehört zu werden und in ihren Differenzerfahrungen ernst genommen zu werden (Doll et al. 2020; Wagner 2022).

Aus bildungstheoretischer Perspektive ist Demokratie dabei nicht lediglich ein Ziel, sondern eine Form des Zusammenlebens (Dewey 1916), die im institutionellen Alltag immer wieder neu hergestellt werden muss. Dabei handelt es sich um einen dynamischen, konflikthaften und keineswegs harmonischen Prozess, der Machtverhältnisse sichtbar macht, herausfordert und produktiv irritiert. Demokratiebildung bedeutet somit auch, Kinder nicht lediglich als künftige Staatsbürger*innen zu adressieren, sondern als gegenwärtige Akteure gesellschaftlicher Wirklichkeit ernst zu nehmen – mit ihrer eigenen Deutungskompetenz, ihren Fragen und Erfahrungen.

Kindheitssoziologische und poststrukturalistische Perspektiven betonen, dass Kindheiten nie losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen existieren, sondern relational, situiert und durchzogen von sozialen Machtverhältnissen sind (Prout/James 1997; Honig 2009). Kinder bewegen sich in einer Welt, die durch Differenzlinien strukturiert ist – entlang von Alter, Geschlecht, Klasse, Religion oder rassistischer Zuschreibungen. Diese Differenzlinien wirken auch in frühpädagogischen Kontexten: Sie beeinflussen, wie Kinder wahrgenommen werden, wer gehört wird, wessen Perspektiven als »kindlich« gelten – und wessen nicht.

Eine demokratische Praxis in der frühen Bildung muss daher auch diskriminierungskritisch sein. Denn Demokratie ohne Gerechtigkeit, ohne Machtrefle-

xion und ohne Einbezug von gesellschaftlich marginalisierten Perspektiven bleibt formelhaft. Es genügt nicht, Kinder symbolisch an Entscheidungen zu beteiligen. Es braucht Strukturen, die echte Teilhabe ermöglichen – auch für Kinder, deren Erfahrungen, Sprachen oder Lebensrealitäten nicht der gesellschaftlich konstruierten Normen entsprechen.

Träger, die Demokratiebildung ernst nehmen, müssen diesen Anspruch als Leitlinie ihrer Organisation verstehen. Das bedeutet: Demokratie ist nicht nur Sache der Fachkräfte – sie ist eine Aufgabe der gesamten Institution, einschließlich ihrer strukturellen Rahmungen, Personalpolitik, Fortbildungsangebote und konzeptionellen Ausrichtung. Erst durch diese strukturelle Perspektive wird Demokratiebildung zu einer gesellschaftlichen Praxis mit transformativem Potenzial.

Kitas in der Krise – Demokratie in der Krise

Die Krise der frühkindlichen Bildungseinrichtungen hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Ein zentrales Problem bildet der gravierende Fachkräftemangel: Bis 2030 werden in Deutschland über 130.000 pädagogische Fachkräfte fehlen (Bock-Famulla et al. 2023). Diese Lücke bedroht nicht nur die Sicherstellung gesetzlicher Betreuungsansprüche, sondern wirkt sich unmittelbar auf die pädagogische Qualität aus. Besonders betroffen sind Kinder, die in mehrfach benachteiligenden Lebenslagen aufwachsen und in ihrer Entwicklung besonders auf verlässliche, zugewandte und qualifizierte Bezugspersonen angewiesen sind (Klusemann et al. 2023).

Die strukturelle Überforderung in den Einrichtungen führt dazu, dass laut einer aktuellen Befragung 95 % der pädagogischen Fachkräfte angeben, ihren eigenen pädagogischen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden zu können (Alsago et al. 2025: 14). Zeitdruck, Personalknappheit und fehlende Weiterbildungsressourcen erschweren es, demokratische Prinzipien wie Partizipation, Antidiskriminierung und Dialog im Alltag lebendig werden zu lassen. Das gefährdet nicht nur das Kindeswohl, sondern auch das Fundament einer demokratischen Bildungspraxis.

Gleichzeitig bleiben dringend benötigte migrationspolitische Strategien ungenutzt: Obwohl beispielsweise etwa 70% der geflüchteten Frauen in Deutschland bislang nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind (Brücker et al. 2024), gibt es zahlreiche institutionelle Hürden, die ihren Zugang zum Berufsfeld der frühkindlichen Bildung erschweren. Dazu zählen aufwändige Anerkennungsverfahren, fehlende unterstützende Maßnahmen und eine insgesamt geringe institutionelle Willkommenskultur (OECD 2024). Besonders deutlich zeigt sich dies daran, dass lediglich 5% der pädagogischen Fachkräfte über einen ausländischen Pass verfügen (Autorengruppe Fachkräftebarometer 2023). Diese Zahl verweist nicht auf ein mangelndes Interesse oder fehlende Qualifikation, sondern macht strukturelle Ausschlüsse sichtbar, die verhindert werden müssen, wenn Vielfalt und Repräsentation in den Einrichtungen Realität werden sollen.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Krise geraten demokratische Bildungsansprüche zunehmend unter Druck. Die Überlastung der Einrichtungen trifft auf eine gesellschaftliche Dynamik, in der Polarisierung, autoritäre Erziehungsideale und rechte und zum Teil rechtsextreme Einflussstrategien zunehmen. Die Folge: Demokratische Prinzipien wie Teilhabe, Pluralität und Gleichwertigkeit werden nicht nur durch äußeren politischen Druck bedroht, sondern auch durch die realen Einschränkungen pädagogischer Praxis ausgehöhlt.

Frühkindliche Bildungseinrichtungen werden so zu Schauplätzen einer doppelten Krise: einer Krise des Personals und der institutionellen Ressourcen – und einer Krise demokratischer Kultur. Diese beiden Entwicklungen bedingen und verstärken einander. Denn wo Bildungsqualität abnimmt, wird auch der Raum für Partizipation und Demokratie enger. Und wo demokratische Werte unter Druck stehen, geraten Einrichtungen als Schutzräume für Vielfalt und Gleichwertigkeit ins Wanken.

Träger stehen hier in besonderer Verantwortung: Sie müssen die strukturellen Voraussetzungen schaffen, um diesen Entwicklungen wirksam zu begegnen – durch gezielte Personalstrategien, eine diskriminierungskritische Organisationskultur und klare bildungspolitische Positionierung. Nur so kann demokratische Bildung unter den Bedingungen der Krise nicht nur erhalten, sondern aktiv gestärkt werden

Herausforderungen und Spannungsfelder

Die Umsetzung demokratischer Bildung auf Trägerebene ist kein konfliktfreier Prozess. Im Gegenteil: Sie bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen normativen Ansprüchen, strukturellen Engpässen und gesellschaftlichen Aushandlungen, die zunehmend polarisiert sind. Träger stehen damit vor der Herausforderung, demokratische Prinzipien nicht nur zu vertreten, sondern auch gegen Widerstände zu verteidigen – nach innen wie nach außen.

Neutralitätsgebot versus Haltung zeigen

Ein zentrales Spannungsfeld ergibt sich aus der oftmals missverstandenen Vorstellung institutioneller Neutralität (Hafeneger 2015). Während das sogenannte Neutrali-

tätsgebot in politischen Debatten immer wieder eingefordert wird, insbesondere von rechten und konservativen Akteur*innen, wird dabei übersehen, dass Neutralität in pädagogischen Kontexten kein politisch entleerter Zustand ist, sondern eine Form der Positionierung darstellt. Wer in Konflikten schweigt, bezieht ebenfalls Stellung – nur eben zugunsten des Status quo. Träger, die sich auf Neutralität berufen, laufen Gefahr, demokratiefeindliche, diskriminierende oder autoritäre Positionen stillschweigend zu legitimieren.

Rassismus im Team oder von Eltern

Eine weitere Herausforderung besteht im Umgang mit demokratiefeindlichen Haltungen innerhalb der eigenen Organisation. Was passiert, wenn Teammitglieder rassistische, queerfeindliche oder autoritäre Aussagen tätigen? Wie reagiert die Trägerstruktur, wenn Eltern antidemokratische Positionen vertreten oder sich gegen diskriminierungskritische Bildungsansätze stellen? Hier zeigt sich, wie belastbar die demokratische Kultur tatsächlich ist – und ob Träger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Konfliktvermeidung aus Angst vor Elternbeschwerden, schlechten Bewertungen oder Personalverlust stabilisiert letztlich genau jene Machtverhältnisse, die durch Demokratiebildung hinterfragt werden sollen.

Fachkräftemangel und strukturelle Überlastung

Nicht zu unterschätzen ist die strukturelle Dimension: Viele Träger kämpfen mit prekären Rahmenbedingungen – chronischem Personalmangel, übergroßen Gruppen, hohem Verwaltungsaufwand und begrenzten Fortbildungskapazitäten. In solchen Kontexten erscheint Demokratiebildung oft als »Luxusaufgabe«, die hinter der »Grundversorgung« zurückstehen muss. Dieser Druck ist real, doch er darf nicht zur Ausrede werden. Im Gegenteil: Gerade unter Bedingungen struktureller Erschöpfung braucht es eine klare Haltung und eine Priorisierung demokratischer Prinzipien, um das pädagogische Feld nicht rechtspopulistischen und autoritären Einflussnahmen zu überlassen.

Träger im Spannungsfeld zwischen Politik, Markt und Pädagogik

Schließlich geraten Träger zunehmend in Widersprüche zwischen pädagogischem Anspruch, politischer Steuerung und wirtschaftlicher Logik. Die Ökonomisierung frühkindlicher Bildung, der Ausbau wettbewerbsorientierter Steuerungsinstrumente sowie die Projektlogik vieler Förderstrukturen stehen langfristiger Demokratieentwicklung häufig entgegen. Demokratiebildung braucht jedoch Zeit, Verbindlichkeit und strukturelle Nachhaltigkeit – Voraussetzungen, die nicht über kurzfristige Programme oder symbolische Bekenntnisse zu leisten sind.

Handlungsperspektiven: Was Träger konkret tun können

Demokratiebildung ist kein Automatismus. Sie muss organisiert, strukturell ermöglicht und kontinuierlich reflektiert werden. Trägerorganisationen, die sich dieser Verantwortung stellen, können auf mehreren Ebenen wirksam werden – vorausgesetzt, sie verstehen Demokratie nicht als Programm, sondern als institutionelle Haltung.

1. Konzeptionelle Verankerung und institutionelle Selbstvergewisserung Demokratiebildung beginnt mit der Frage: Was für ein Verständnis von Bildung, Kindheit und Gesellschaft liegt der Arbeit des Trägers zugrunde? Eine explizite Auseinandersetzung mit den demokratischen Grundwerten der Einrichtung – in Leitbildern, Konzepten und Qualitätsentwicklungsprozessen – schafft Orientierung und Verbindlichkeit. Sie hilft, die eigene Rolle im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zu klären und verhindert Beliebigkeit.
2. Fort- und Weiterbildung als strukturverändernde Maßnahme Verpflichtende und wiederkehrende Fortbildungen zu diskriminierungskritischer Pädagogik, institutionellem Rassismus, Adultismus sowie zu demokratiefördernden Handlungskompetenzen sind zentral. Nicht als punktuelle Schulungen, sondern als integraler Bestandteil von Personalentwicklung. Träger sollten hier nicht nur Ressourcen bereitstellen, sondern Fortbildung als strategisches Instrument organisationaler Transformation verstehen.
3. Beteiligungsstrukturen für Kinder, Fachkräfte und Familien stärken Demokratiebildung ist gelebte Partizipation. Das bedeutet: Kinder, Familien und Mitarbeitende werden in Entscheidungsprozesse einbezogen, ihre Perspektiven ernst genommen und ihre Erfahrungen wertgeschätzt. Träger können Beteiligungsformate unterstützen, Schutz- und Beschwerdestrukturen aufbauen sowie Feedbacksysteme etablieren, die institutionelle Machtverhältnisse hinterfragbar machen.
4. Haltung zeigen – insbesondere bei Angriffen auf Demokratie und Vielfalt Träger müssen sich öffentlich und intern positionieren – gerade, wenn diskriminierungskritische Arbeit unter Beschuss gerät. Das bedeutet auch: Fachkräfte, die sich für Teilhabe, Antirassismus und Vielfalt engagieren, brauchen Rückendeckung. Schweigen wird zu Zustimmung, wenn demokratiefeindliche Diskurse Raum gewinnen. Haltung zeigen heißt, sich solidarisch mit den Betroffenen zu stellen und Ausgrenzung nicht als Meinung zu normalisieren.
5. Bündnisse eingehen und politisch wirken.
   Trägerorganisationen sollten sich nicht isoliert verstehen, sondern als Teil eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks, das sich für demokratische Bildung und soziale Gerechtigkeit einsetzt. Die Zusammenarbeit mit Fachstellen, Wissenschaft, Initiativen und anderen Trägern kann Synergien schaffen und strukturelle Veränderung ermöglichen. Auch gegenüber Politik und Verwaltung braucht es deutlich artikulierte Forderungen – für bessere Rahmenbedingungen, mehr Verbindlichkeit und nachhaltige Investitionen in Demokratiebildung.

Fazit

Träger sind keine bloßen Verwaltungseinheiten – sie sind entscheidende Akteure in der Aushandlung demokratischer Praxis im frühkindlichen Feld. Sie verfügen über die strukturelle, personelle und politische Gestaltungsmacht, um Bedingungen zu schaffen, unter denen Demokratie nicht nur thematisiert, sondern gelebt werden kann. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spannungen, autoritärer Einflussstrategien und institutioneller Überlastung braucht es Träger, die Verantwortung übernehmen: für Haltung, für Schutz, für strukturelle Veränderung. Wer Demokratiebildung

ernst nimmt, muss sie in Organisationen übersetzen – nicht als Zusatz, sondern als Fundament einer Bildungseinrichtung, die Kinder als Subjekte anerkennt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. ■

Literatur

Alsago, Elke/Bruder, Franziska/Falkenhayn, Josefin/Stolz, Fanni (2025): Kita-Krisenbuch: Systemversagen aufdecken. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Autorengruppe Fachkräftebarometer (2023): FACHKRÄFTEBAROMETER Frühe Bildung 2023. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. Bielefeld: wbv Publikation. https://doi.org/10.3278/9783763976287

Bock-Famulla, Kathrin/Berg, Eva/Girndt, Antje/Akko, Davin Patrick/Krause, Michael/Schütz, Julia (2023): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2023 Transparenz schaffen – Governance stärken. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Brücker, Herbert/Ehab, Maye/Philipp Jaschke/Kosyakova, Yuliya (2024): Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen fördern die Erwerbstätigkeit. (IAB-Kurzbericht 10/2024 (de)), Nürnberg, DOI:10.48720/IAB.KB.2410.

Bostancı, Seyran; Wirth, Benedikt (2024): Institutioneller Rassismus in Kindertageseinrichtungen: Erscheinungsformen und Handlungsstrategien. Migration und Soziale Arbeit (01/2024), 56–62. DOI: 10.3262/MIG2401056.

Dewey, John (1916): Democracy and Education. New York: The Macmillan Company.

Doll, Inga; Herrmann, Karsten; Kruse, Michaela; Lamm, Bettina; Sauerhering, Meike (2020): Demokratiebildung und Partizipation in der KiTa. Nifbe-Beiträge zur Professionalisierung Nr. 11. Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung e.V. (Hg.): Osnabrück. Online: https://www.nifbe.de/images/nifbe/Infoservice/Demokratie_Druck.pdf (Zugriff: 10.04.2025).

Hafeneger, Benno (2015): Jugendbildung. Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.). Online unter: https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193383/jugendbildung/ (Zugriff am 12.01.2025).

Honig, Michael-Sebastian (2009): Das Kind der Kindheitsforschung. Gegenstandskonstitution in den Childhood Studies., in: Honig, Michael-Sebastian (Hg.), Ordnungen der Kindheit: Problemstellungen und Perspektiven der Kindheitsforschung. Weinheim: Beltz Juventa, S. 25–52.

*Klusemann, Stefan/Rosenkranz, Lena/Schütz, Julia/Bock-Famulla, Kathrin/Maluga, Agnieszka (2023): Professionelles Handeln im System der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Auswirkungen der Personalsituation in Kindertageseinrichtungen auf das professionelle Handeln, die pädagogischen Akteur*innen und die Kinder. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.*

OECD (2024). Your way to Germany. Findings from an online survey among skilled workers abroad. Online unter: https://survey.oecd.org/upload/surveys/337119/files/Main%20Fidnings%20Final%20Survey%20ENG.pdf?trk=public_post_comment-text (Zurgiff am 09.04.2025).

Prout, Alan/James, Allison (1997): A New Paradigm for the Sociology of Childhood? Provenance, Promise and Problems., in: James Allison/Alan Prout (Hg.), Constructing and Reconstructing Childhood: Contemporary Issues in the Sociological Study of Childhood, (2. Aufl.). London: Routledge.

Wagner, Petra (2022): Vielfalt respektieren, Ausgrenzung widerstehen – wie kann man das lernen? Konzepte und Praxis der Aus- und Fortbildung, in: Wagner, Petra (Hg.), Handbuch Inklusion. Grundlagen vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung. Freiburg: Herder Verlag, S. 264–280.

SERVICE & MEDIEN

Rechtsfragen der Kindertagesbetreuung

Hartmut Gerstein ist Jurist mit dem Schwerpunkt »Kinder- und Jugendhilfe«. Nach seiner beruflichen Tätigkeit als Leiter des Referats »Kindertagesstätten und Kindertagespflege« beim Landesjugendamt Rheinland-Pfalz arbeitet er seither als Autor für Fachzeitschriften und als freiberuflicher Referent für Rechtsfragen der Kindertagesbetreuung. Auch für unsere Zeitschrift »KiTa-Recht« hat er schon des Öfteren sehr gute Beiträge geliefert. Sein neues Buch »Rechtsfragen der Kindertagesbetreuung – Orientierungshilfe für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege« ist im PINKVOSS Verlag erschienen, umfasst 168 Seiten und kostet 19,90 Euro. Der Untertitel beschreibt treffend, was Kita-Leitungen und Mitarbeiter*innen von diesem Buch erwarten können. Es ist tatsächlich eine sehr gute Orientierungshilfe für alle Bereiche, die im Kita-Alltag relevant sind. Sehr hilfreich dafür ist das ausführliche Inhaltsverzeichnis, das ein Stichwortverzeichnis quasi ersetzt, so dass viele Kapitel auch einzeln gelesen werden können. Im Anhang auf den Seiten 142 bis167 sind die wichtigsten einschlägigen Paragrafen aus dem SGB VIII, dem BGB und dem StGB abgedruckt, so dass sie bei den erläuternden Inhalten immer mit herangezogen werden können. Besonders hervorzuheben sind die Ausführungen zur Aufsichtspflicht und zur Einbeziehung von Kindern in alles, was sie selbst betrifft. Bei der Aufsichtspflicht wird den Ängsten und Vorurteilen bei diesem Thema entgegen getreten. Alles, was pädagogisch sinnvoll ist, kann keine Aufsichtspflichtverletzung sein. Das Ernstnehmen von Kindern bei allen Angelegenheiten ist hohe pädagogische Kunst und ist auch rechtlich zwingend (z.B. Einblick in ihr eigenes Portfolio). Zu den üblichen rechtlichen Bereichen gibt es auch noch differenzierte Ausführungen zu arbeitsrechtlichen Fragen, zum Kinderschutz und zum Datenschutz.

Insgesamt ist es ein sehr empfehlenswertes Buch und löst seinen eigenen Anspruch, nämlich die rechtlichen Regelungen praxisnah und verständlich darzustellen und zu erläutern, perfekt ein. Es sollte in keiner Handbibliothek einer Kita fehlen.

Frank Groner ■

WEITERE INFORMATIONEN

Hartmut Gerstein: Rechtsfragen der Kindertagesbetreuung, Pinkvoss Verlag, 2. Auflage 2025, 168 Seiten, ISBN: 978-3-932086-46-5, 19,90 EUR.